

Frankreichs Rentenreform:

## Ansprache des Premierministers verpuffte vorerst / Streiks bei Bahn und Metro gehen unvermindert weiter

Regierungschef Edouard Philippe machte soziale und zeitliche Konzessionen bei der geplanten Rentenreform, die das französische Pensionssystem vereinheitlichen und die Sonderpensionen bei Bahn und Metro schrittweise abschaffen soll. Aber die Einführung eines Bonus/Malus-Pensionsantritts-Alters von 64 Jahren erzürnte sogar die gemäßigte Gewerkschaftsunion CFDT, mit der die Staatspitze unbedingt kooperieren wollte, um die Streikfront aufzubrechen. Vorerst ist also kein Ende der unbefristeten Ausstände bei Bahn und Öffis, die vor allem den Großraum Paris lahm legen, in Sicht. Aber im Detail versucht Philippe durch besonders lange Übergangsfristen die Lokführer, die den Streik in der Hand haben, zu beschwichtigen.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Es gibt keine magische Formel zur Beendigung der Streiks, hatte Premierminister Edouard Philippe am Vortag gewarnt – eine Untertreibung, wie man nach seiner Rede zur Rentenreform am Mittwoch konstatieren konnte: ausgerechnet der moderatere Teil der französischen Gewerkschaftsbünde, die Philippe zu besänftigen suchte, reagierte enttäuscht bis aggressiv. Der unbefristete Bahn- und Metro-Streik, der seit sieben Tagen für Chaos im Pariser Großraum sorgt, geht also unvermindert weiter.

Dabei enthielt die Ansprache Zugeständnisse. Erwartungsgemäß bekräftigte Philippe das Ziel, das Emmanuel Macron während seiner erfolgreichen Wahlkampagne 2017 für das Präsidentenamt hervorgestrichen hatte: nämlich die Zusammenführung der 42 unterschiedlichen Pensionskassen zu einem einzigen System, wobei als generelle Berechnungsgrundlage erworbene Entgelt-Punkte dienen sollen. Dieses neue System werde zwar ab 2025 in Kraft treten, aber niemand, der vor 1975 geboren sei, wäre davon betroffen. Komplette gelte es erst für die Geburtsjahrgänge ab 2004, beschwichtigte Philippe.

Eine Mindestrente von 1000 Euro wird erstmals auf Bauern und Gewerbetreibende ausgedehnt (bisher mussten viele Angehörige dieser Berufskategorien mit einer paar hundert Euro auskommen), die Witwenpension wird auf 70 Prozent des verstorbenen Ehemanns angehoben, ein Elternteil erhält bereits ab dem ersten Kind (bisher ab dem dritten) einen Bonus an Entgelt-Punkten, was vor allem alleinerziehenden Müttern zu Gute kommt. Im Fall von Schwerarbeit kann der Pensionsantritt zwei Jahre früher erfolgen, als es die normale Anspruchsberechtigung vorsehen würde.

Eine der Haupt-Kritikpunkte der Gewerkschaften an dem Reformprojekt lautete, der Gegenwert der künftigen Entgelt-Punkte könnte gesenkt werden. Nun versprach der Regierungschef ein Gesetz, das eine derartige Senkung verbietet und eine automatische Wertsteigerung im Gleichschritt mit den Gehältern (und nicht bloß der Inflation).

Die gewerkschaftliche Ablehnung entzündete sich freilich wieder an der Frage der

Sonder-Pensionen der Eisenbahner und Pariser Öffis, von denen ein Teil noch mit 52 Jahren ihre Rente antreten kann. Der Premier ließ keinen Zweifel an ihrer Abschaffung. Die Übergangsfristen zur Einheitspension müssten die Gewerkschaften mit den jeweiligen Unternehmensleitungen aushandeln. Treuherzig versicherte der Regierungschef, er wolle niemanden stigmatisieren, aber der Fortbestand von angeblichen oder echten Privilegien sei immer schädlich. Damit punktete Philippe möglicherweise, zumal die Pensionsvorteile bei Bahn und Metro, etliche Franzosen ärgern.

Nachträglich verlautete aus dem Amt des Premierministers, das neue Pensionssystem würde bei Lokführern von Bahn und Metro erst für Geburtsjahrgänge ab 1985, also zehn Jahre später als für die übrigen Berufstätigen, gelten.

Frankreichs größte Gewerkschaftsunion, die gemäßigte CFDT, empörte sich aber vor allem an der Ankündigung des Premiers, neben dem weiterhin geltenden Pensionsantrittsalter von 62 Jahren, ein Bonus/Malus-Antrittsalter von 64 Jahren einzuführen. De facto liegt das durchschnittliche Pensionsantrittsalter in Frankreich bei Personen, die bis zum Schluss voll berufstätig sind, bereits bei 63,4 Jahren. Man müsse sein wenig länger arbeiten um künftigen Generationen nicht das jetzige Defizit aufzuhalsen, erklärte der Regierungschef und verwies dabei auf die Überalterung der Bevölkerung und die Maßnahmen der meisten übrigen EU-Staaten. Vergebens: die CFDT beharrt darauf, zuerst das Reformsystem zu vereinheitlichen und erst in einer zweiten, getrennten Phase das Defizit-Problem anzugehen.

Der springende Punkt, der bisher für Verunsicherung in der Bevölkerung sorgte, war allerdings die mangelnde Berechenbarkeit der künftigen Pensionen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass berufsspezifische Verhandlungen zu einer Beruhigung führen. Schnell wird das aber kaum gehen.